

Mitteilungen der Bürgermeisterin in der gemeinsamen Sitzung des Bauausschuss und des Feuerwehrausschusses am 06.06.2016

Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (LF) 10 für die Ortsfeuerwehr Husbäke

BMin Lausch erinnert, dass in der Verwaltungsausschusssitzung am 17.11.2015 die Verwaltung beauftragt wurde, über die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL) die Ausschreibung eines LF 10 für die Ortsfeuerwehr Husbäke durchzuführen. Gemeindegemeinschaft und Verwaltung hätten sodann erste Eckdaten und Ausstattungsmerkmale eines LF 10 erarbeitet. Eine zunächst angedachte alternative Ausschreibung für ein Straßen- bzw. Allradfahrzeug sei von der KWL jedoch abgelehnt worden. Nach den dortigen Erfahrungen würde aber auch ein Allrad-Fahrzeug noch in dem vorgegebenen Kostenrahmen fallen. Das Gemeindegemeinschaft habe der Verwaltung dann am 20.04.2016 der Argumentation der Ortsfeuerwehr Husbäke im Hinblick auf die in Husbäke vorherrschenden Sand- und Moorwege folgend vorgeschlagen, ein Allrad-Fahrzeug auszuschreiben. Am 03.05.2016 sei sodann die KWL mit der Ausschreibung beauftragt worden. Nach Vorlage eines Leistungsverzeichnisses durch die KWL müsse die Ortsfeuerwehr Husbäke eine Ausstattungsliste des Fahrzeuges vorlegen. Nach der Sommerpause werde die KWL die Ausschreibung vornehmen.

Anpassung der Ausbildungspauschale auf der TZ Elmendorf

BMin Lausch berichtet, dass der Kreisbrandmeister Andree Hoffbuhr um eine Anpassung der Aufwandsentschädigungen für Ausbilder auf der TZ Elmendorf für Motorsägen- Lehrgänge, Truppmann1-, Atemschutzgerätewart- und Maschinisten-Ausbildungen gebeten habe.

Ein Vergleich mit den umliegenden Landkreisen hätte ergeben, dass im Ammerland die geringsten Aufwandsentschädigungen gezahlt werden.

Der Stundensatz sowie die Anfahrtspauschale sollten auf 10,00 €/h erhöht werden.

Gleichzeitig müsse die Pauschale für die Verpflegung auf 7,00 € angepaßt werden.

BMin Lausch legt dar, dass die Höhe der Aufwandsentschädigungen vom Kreisfeuerwehrverband festgesetzt werde. Der Landkreis Ammerland rechne diese Kosten mit den Gemeinden ab.

Seitens der Verwaltung würden keine Bedenken gegen die geplante Anpassung erhoben.